



Michael Knott

Die Mehrheitsentscheidung über die Gewinnthesaurierung im Personenhandelsgesellschaftskonzern

Zum Minderheitenschutz
bei Grundlagenentscheidungen

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Teil 1: Die Gewinnrücklage im Personenhandelsgesellschaftsrecht. .	5
I. Einführung	5
II. Rücklage und Innenverhältnis	8
1. Stimm- und Vermögensverhältnisse.	8
2. Differenzhaftung	8
3. Gewinnentnahmen	9
4. Risikoerhöhung	10
a. Der Kommanditist.	11
b. Der OHG-Gesellschafter/Komplementär	12
aa) Möglichkeit 1: „Faktisches“ Eigenkapital	12
bb) Möglichkeit 2: Fremdkapital mit Restrisiko. . .	13
cc) Möglichkeit 3: „Klassisches“ Fremdkapital . . .	16
dd) Möglichkeit 4: „Klassisches“ Eigenkapital . . .	16
III. Rücklage und Außenverhältnis	16
1. Haftungsausschluss	16
2. Bewertungsfragen	17
Teil 2: Vertragliche Voraussetzungen einer Mehrheitsentscheidung.	19
I. Grundlagen	19
II. Die Vertragsänderung.	21
1. Grundfrage: Die Reichweite des Vertrags.	21
2. Einzelfallregelung als Kriterium?.	26
III. Ergebniss	31
Teil 3: Der Kernbereichsschutz	33
I. Einführung: Der Kernbereich und seine Schutzrichtung . .	33
II. Buchung und Entnahme	35
1. Der Kommanditist	35
2. Zwischenergebnis	37
3. Der OHG-Gesellschafter/Komplementär	37
4. Zwischenergebnis	38
	IX

III. Die sozietäre Bindung der Gewinne	39
IV. Der Kernbereich im Rückbezug auf die gesetzliche Systematik	42
V. Die Steuerbelastung als zwingende Grenze für eine Thesaurierung?	43
VI. Ergebnis	45
Teil 4: Die Pflichtenbindung	47
I. Einführung: Rechtliche Grundlagen der Beschlusskontrolle	47
II. Mögliche Abwägungsverfahren	48
1. Rücklagenbildung in der Kapitalgesellschaft	48
2. Das Personenhandelsgesellschaftsrecht	48
III. Die Wertungsmaßstäbe bei der Beschlusskontrolle	52
1. Direkte Anwendung von § 122 Abs. 1 HGB?.	52
2. Zur Treuepflicht bei der Stimmabgabe	52
a. Grundlagen	52
aa) Das Verhältnis zum Verband	52
bb) Die Gesellschafter untereinander	62
b. Zwischenergebnis	64
3. Anwendung auf die Rücklagenbildung im Verhältnis zum Verband	64
a. Verhältnis der Treuebindung zu § 122 Abs. 1 Alt. 2 HGB	64
b. Ausmaß der originären Finanzierungs(treue)pflcht.	65
aa) Gesellschaftsschaden	65
bb) Zumutbarkeit für den Gesellschafter?	67
cc) Ausschüttung als Teil des Gesellschaftszwecks?.	67
4. Die Gesellschafter untereinander	68
5. Umfassende Rechtfertigung?	71
IV. Gesamtergebnis zur Pflichtenbindung	72
Teil 5: Gruppenweite Zustimmungsrechte	73
I. Einführung: Das Kräfteverhältnis in der OHG/KG.	73
II. Das Kräfteverhältnis in der Obergesellschaft.	74
1. Außenrechtsmacht.	74
2. Zustimmungsrechte der Gesellschafterversammlung.	77

a. Grundsätzliche Überlegungen	77
b. Perspektive der Einordnung der Beschlussinhalte	79
c. Verhältnis zur Gruppenbildungskontrolle und „Ermächtigungsgedanke“	80
aa) Gruppenbildungskontrolle	80
bb) Auswirkung auf die Gruppenleitungskontrolle.	83
d. Ausnahme für die reine Beteiligungsverwaltung?	88
e. Anwendung auf die Gewinnverwendung in der Tochtergesellschaft	89
f. Verhältnis zum Vollzugsvorrecht	92
g. Ergebnis für die Beteiligungsrechte der Obergesellschafter	93
3. Pflichtenbindung in der Obergesellschaft	93
a. (Ober-)Gesellschaft/(Ober-)Gesellschafter	93
b. Tochtergesellschaft	94
c. Verhältnis zu den Gläubigern	98
d. Ergebnis Pflichtenbindung	99
4. Verbleibende Rechtsschutzfragen	100
a. Geschäftsführerhaftung	100
aa) Der Pflichtenmaßstab: Grundsatz.	100
bb) Berücksichtigung der Schwebelage	102
cc) Umfang der Ersatzpflicht	103
ee) Unterlassungsanspruch	104
ff) Ergebnis Geschäftsführerhaftung.	104
b. Beschlussanfechtung	105

Teil 6: Ausblick: Das Phasenproblem 107

I. Einführung: Die Phasengestaltung zwischen Gesellschafts- und Bilanzrecht	107
II. Bilanzrechtliche Behandlung	109
1. Die Voraussetzungen für die Aktivierung.	109
2. Wahlrecht oder Pflicht?	112
III. Gesellschaftsrechtliche Behandlung	112
VI. Ergebnis	116

Teil 7: Der Schutz der abhängigen Gesellschaft 117

I. Einführung	
II. Relevanz der §§ 15 ff. AktG	117

1. Konzernrecht vs. Gesellschaftsrecht	117
2. Die relevanten Unternehmensverbindungen	117
III. Die besondere Pflichtenstellung des herrschenden Unternehmens	121
1. Systematische Einordnung	121
2. Ausgestaltung	123
3. Ergebnis	129
IV. Die Direktverpflichtung der Obergesellschaft	129
1. Einführung	129
2. Dogmatische Begründung.	130
3. Keine reine Unternehmenshaftung?.	133
4. Haftungsmaßstab	134
5. Das Verhältnis der Verpflichteten zueinander	135
6. Ergebnis	136
Teil 8: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.	137
I. Die Einordnung im Rahmen des Bestimmtheitsgrundsatzes	137
II. Die Kernbereichsrelevanz	137
III. Die Pflichtenbindung	137
IV. Gruppenweite Zustimmungsrechte und Verhältnis zur Obergesellschaft	138
V. Die Phasengestaltung	138
VI. Der Schutz der abhängigen Gesellschaft	139